

Die FPÖ - ein Phänomen im internationalen Vergleich: Erfolg und Misserfolg des identitären Rechtspopulismus

Heinisch, Reinhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heinisch, R. (2004). Die FPÖ - ein Phänomen im internationalen Vergleich: Erfolg und Misserfolg des identitären Rechtspopulismus. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(3), 247-261. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60657>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Reinhard Heinisch (Pittsburgh)

Die FPÖ – Ein Phänomen im Internationalen Vergleich

Erfolg und Misserfolg des Identitären Rechtspopulismus

Der Aufsatz versteht sich als Bestandsaufnahme der verzweigten Rechtspopulismusforschung. Konkret soll hier versucht werden, die Entwicklung der Haider-FPÖ als integraler Teil des neuen europäischen Rechtspopulismus zu beschreiben, dessen politische Stärken und Schwächen sich weitgehend aus den spezifischen strukturellen Eigenschaften dieses Phänomens ergeben. Nach einer eingehenden Analyse der Konvergenz rechtspopulistischer Strömungen in Richtung identitärer Programmatik wird besonders das Scheitern der Rechtspopulisten in der Regierungsverantwortung beleuchtet. Hierbei steht vor allem das strukturelle „Mismatch“ zwischen den typischen Charakteristiken dieser Bewegungen und den besonderen Anforderungen an eine Regierungspartei unter Koalitionsbedingungen im Vordergrund.

*Keywords: (europäischer) Rechtspopulismus, Identitätspolitik, programmatischer Wandel, Regierungspartei, Koalition
(European) right-wing populism, politics of identity, programmatic change, ruling party, coalition*

1. Die FPÖ – Ein Phänomen im Internationalen Vergleich

Nach der turbulenten Landtagswahl in Kärnten ist man neuerlich versucht, den Politiker Jörg Haider und dessen Partei unter dem Eindruck momentaner Ereignisse zu bewerten und einen mehrfach Totgesagten wieder auferstehen zu lassen. Gerade die politikwissenschaftliche Analyse muss jedoch danach trachten, sich von der atemlosen medialen Berichterstattung zu distanzieren, um das hier beschriebene Phänomen in einen Gesamtkontext zu stellen. Andererseits ist besonders die österreichische Politologie gefordert, sich diesem Thema immer wieder zu stellen, denn Jörg Haider ist weltweit nicht nur der bekannteste österreichische Politiker der Zweiten Republik, sondern international so etwas wie die Personifizierung des neuen europäischen Rechtspopulismus.

Über ihn und die FPÖ, mit der sich dieser Artikel und diese Ausgabe ausführlich beschäftigen, ist schon viel geschrieben worden (vgl. ÖZP 2002/2). Dennoch lassen sich erst heute bestimmte Aussagen tätigen, die bis vor kurzer Zeit, auch unter dem Eindruck der Ereignisse wie Wende, Sanktionen und Regierungsbeteiligung, in dieser Form nicht zu treffen waren.

Zum einen war die österreichische Rezeption der Neuen Rechten besonders von der Fixierung auf die Person Haiders als Ausnahmeerscheinung mit beinahe Kultstatus geprägt, zum anderen neigte man verständlicherweise auch dazu, den Erfolg der FPÖ zu sehr mit dem Sonderfall Konkordanzmodell und Proporzdemokratie in Verbindung zu bringen. Auf internationaler Ebene wiederum schien die Verlockung unwiderstehlich, das Phänomen „Austrian Freedom Party“ nicht in der Tradition der NS-

Vergangenheit des Landes zu sehen. Im Gegensatz dazu soll hier die Entwicklung der Haider-FPÖ als integraler Teil des neuen europäischen Rechtspopulismus beschrieben werden, dessen politische Stärken und Schwächen sich weitgehend aus den spezifischen strukturellen Eigenschaften dieses Phänomens ergeben.

2. Ansätze und Zugänge

Im Folgenden soll versucht werden, einige der wichtigsten Erklärungsansätze vorzustellen und zu kommentieren, wobei die systemtheoretische, die ideologisch-programmatische und auch die parteisozilogische Ebene behandelt werden. In Hinblick auf den sehr begrenzten Rahmen dieses Artikels, können jedoch nur bestimmte Aspekte herausgegriffen werden.

2.1. Systemische Erklärungsansätze

Demokratische Korrekturmechanismen: Von der systemtheoretischen Perspektive aus betrachtet, können Parteien neuen Typs, wie die FPÖ, im günstigsten Fall als korrektive Erscheinungen in erstarrten und reformunfähigen demokratischen Systemen verstanden werden, die sich infolge sozialen Wandels, makroökonomischer Schocks oder internationaler politischer Entwicklungen einem großen Erneuerungsdruck ausgesetzt sehen. Paul Taggart (2000, 115) meinte in diesem Zusammenhang, dass man am Erfolg dieses Phänomens etwa die „Gesundheit des repräsentativen politischen Systems ablesen könne“. Überspitzt formuliert könnte man das Auftreten dieser Parteien als eine Art systemimmanente ‚Autoimmunreaktion‘ deuten, wobei durch die Agitation unkonventionell agierender, provokanter Bewegungen Veränderungsprozesse ausgelöst würden, die ein tatsächliches oder scheinbares Eingehen auf Wählerwünsche repräsentieren. Demnach stehen Erfolg und Lebensdauer solcher Parteien in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem konkret existierenden Reformdruck (vgl. Rose/Mackies (1988), Begriff der *Flash-Parties*).

Mény und Surel (2002) gehen in diesem Zusammenhang von einer wachsenden Diskrepanz zwischen populärer Demokratie und Verfassungsdemokratie aus, wobei immer mehr Entscheidungsgewalt von den tatsächlichen VolksvertreterInnen an ein technokratisches Expertentum übertragen wird. Die depolitisierte Demokratie mag zwar an Effizienz gewinnen, verliert jedoch an demokratischer Legitimität, was unweigerlich zur Systemkrise führt. Auf Österreich angewandt, würde dies bedeuten, die FPÖ habe durch die von ihr ausgegangene Zerschlagung der großen Koalition die übrigen politischen Akteure aus ihren Dauerrollen erlöst; etwas wozu diese von selbst nicht fähig gewesen wären, denn die SPÖ fand nach 1999 rasch von ihrem technokratischen Selbstverständnis zurück zu einer stärker ideologisch akzentuierten Positionierung. Gleichfalls konnte auch die ÖVP ihre bereits lang geplante wertkonservative und zaghaft wirtschaftsliberale Wende umsetzen. Dieser Deutung entspricht dann auch, dass die Freiheitlichen zwangsläufig an Attraktivität verlieren mussten und wieder auf ihre normale Größe im 5-6% Bereich zurückfielen.

Das vielleicht Interessanteste an dieser Interpretation des Phänomens ist, dass der implizierte demokratie-hygienische Effekt eine positive Deutung des Phänomens der Neuen Rechten zulässt. Doch so schlüssig dies auch erscheinen mag, so werden doch mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet, denn der Ansatz geht von einem systemimmanenten Automatismus aus, wobei nationale Unterschiede (vgl. Österreich/Deutschland, Dänemark/Schweden) und ideologische Komponenten zu wenig berücksichtigt werden. Zum anderen wird nicht genügend erklärt, was den Erfolg gerade dieser Parteien im Vergleich zu anderen neuen politischen Gruppierungen ausmacht; denn die Systemkritik beschränkt sich ja nicht nur auf bestimmte Vertreter der Neuen Rechten.

Antisystem Parteien: Abgeschwächtere systembezogene Ansätze gehen von diversen *Opportunity Structures* aus, also von vorgegebenen gesellschaftlichen Konstellationen in Verbindung mit speziellen Interessenspräferenzen, die für Parteien neuen Typs ein

günstiges politisches Umfeld schaffen. Allerdings ist es hier weniger ein systemimmanenter Determinismus, der die Performanz dieser Parteien bestimmt, sondern in erster Linie deren Positionierung in Relation zum Gesamtsystem. Die klassische These hier ist jene der Antisystem- oder Protestpartei, wobei allgemein zwischen so genannten „polarisierenden Parteien“ und wahren Antisystem-Parteien unterschieden wird (bes. Capoccia 2002, 24). Während sich Erstere gegen vermeintliche Missstände und Fehlentwicklungen (*relational opposition*) wenden, stehen wahre Antisystem-Gruppierungen in einer ideologisch motivierten Gegnerschaft zum System als Ganzes (*ideological opposition*). In diesem Sinne waren sowohl der *Vlaams Blok* als auch die *Lega Nord* auf Grund ihrer separatistischen Tendenzen wesentlich antisystemischer als die Freiheitlichen, die eher dem vielfach verwendeten Begriff „Anti-Establishment Partei“ (Schedler 1996) zuzurechnen sind. Allerdings gab es im Zusammenhang mit Haider's Forderungen nach einer Dritten Republik auch eindeutige Anzeichen für eine weiterreichende antisystemische Komponente in der FPÖ.

Der Begriff Protestpartei wird vielfach mit spezifischen parteihegemonialen oder politischen Arrangements in Zusammenhang gebracht. Die italienische *Partitocrazia* und die österreichische Proporzdemokratie sind wohl die bekanntesten Beispiele. Ähnliches gilt auch für andere Demokratien, wo die Mobilisierung gegen dominante Eliten und den jeweils von diesen verteidigten gesellschaftlich-kulturellen Konsens den rechten Protestbewegungen Auftrieb gab (Schweiz, Frankreich, Holland und die USA, bes. vor 1992; bzw. Steuerprotest in Norwegen u. Dänemark). Allen diesen ‚Anti-Establishment-Parteien‘ gemeinsam ist der Versuch, die Unterschiede zwischen den etablierten Parteien untereinander zu verwischen („*De-Differenciation*“ – Schedler 1996, 294), um gleichzeitig sich selbst als ‚anti-politische‘ Antwort („*anti-political self*“ – *ibid.*) zu präsentieren. Die in diesem Zusammenhang verwendeten und hinlänglich bekannten Slogans – Privilegienritter und Apparatschiks (Haider), politische Klasse (Blocher), politische Mafia

(*Vlaams Blok*), die römischen Diebe (Bossi), *beltway politicians* (Perot) – sind nahezu austauschbar.

Obwohl es unbestritten scheint, dass der Protest gegen systemische Missstände ein wesentliches Kennzeichen dieses Phänomens ist, so kann dies doch nur ein Teilaspekt sein. Denn längst haben sich Parteien wie die FPÖ von der mittelständischen Protestbewegung weiterentwickelt, um sich neuen Themenfeldern (Immigration, EU, Globalisierung, Sozialabbau) und anderen Wählerschichten (ArbeiterInnen, Modernisierungsverlierern) zu öffnen. Des Weiteren operieren, wie erwähnt, auch andere Gruppierungen mit systemkritischen Botschaften, haben damit jedoch nur bescheidenen Erfolg. Selbst beim österreichischen Parteienproporz bietet die Systemkritik allein kaum eine ausreichende Erklärung des freiheitlichen Erfolges, denn einerseits erwies sich das österreichische Modell trotz jahrzehntelangem Anachronismus als erstaunlich stabil, andererseits hatte die FPÖ gerade in den Neuzigerjahren mit diversen Rückschlägen und parteiinternen Krisen zu kämpfen. Erst ein Umbau der Partei und die spezifische wahlpolitische Konstellation 1999 brachten den endgültigen Durchbruch.

Symbolische Befreiung: Eine gänzlich andere Spielart eines systemischen Ansatzes könnte man die These von der empfundenen symbolischen Befreiung nennen. Ähnlich wie laut Rudolf Burger (2000, 391) der FPÖ-Führer die personifizierte Antithese zur *Political Correctness* repräsentiert, ist allen diesen Bewegungen der politische Tabubruch gemein. Ebenso wie „Haider das Unbehagen in der Heuchelei formuliert“ (*ibid.*), wenden sich Anti-Establishment Parteien überall mit Erfolg gegen die bestehenden Sprachkodizes, den offiziellen Diskurs und die etablierten Klischees des politischen *Mainstream*. Ebenso wie Österreichs offizielle Selbstdarstellung als Nazi-Opfer kaum das ist, was man an Stammtischen zu hören bekommt, so haben alle politischen Systeme ihre Mythologien, denen sich ikonoklastische Parteien geschickt bedienen. Das entsprechende Erfolgsrezept („er sagt was ihr euch denkt“) ist genau das zu thematisieren, was sich viele denken, aber wenige offen zu sagen trauen und so

gleichsam einen Akt der vermeintlichen politischen Befreiung zu setzen. Latent existierendes Unbehagen wird gezielt und nuanciert artikuliert und geschürt. Jedoch erscheint mir gerade diese Vorgangsweise eher ein Indiz für das populistische Wesen dieser Bewegungen; denn die geschickte Manipulation mit systemimmanenten *Codes* (vgl. z.B. Blochers Aussagen zur „Holocaust Ideologie“) sind geradezu Schlüsselcharakteristika aller erfolgreichen Populismen, von Europa bis Lateinamerika. Sie alle zeichnet aus, exzellente Kenner der Volkspolysie zu sein und das Spiel mit politischer Symbolik, mehrschichtigen Bedeutungen und entsprechender Selbstinszenierung zu beherrschen.

2.2. Ideologisch-Programmatische Ansätze

Eine Reihe von Ansätzen erklärt den Wahlerfolg rechter Anti-Establishment Parteien mit deren inhaltlichen Schwerpunkten. Systemische Bedingungen bilden zweifellos auch hier wichtige Rahmenbedingungen, doch steht bei diesen Zugängen, die gezielte Positionierung der Partei im Vordergrund der Analyse.

Winning Formulas und Modernisierungsverlierer: Einer der wichtigsten dieser Ansätze geht von der Legitimationskrise des westeuropäischen Parteienstaates aus, der infolge ökonomischen Wandels immer weniger in der Lage sei, angestammte Wählergruppen entsprechend wirtschafts- und sozialpolitisch zu bedienen (bes. Decker 2000). Die so entstandene Legitimationskrise kann dann von „Anti-Partei-Parteien“ (Mudde 1996) genützt werden, um Wählerallianzen jenseits aller Lager und Klassen zu schmieden. Vor allem Kitschelt (1995) erklärt den Erfolg neuer Parteien mit so genannten „winning formulas“ bestehend aus marktliberalen und rechtsautoritären programmatischen Komponenten.

Auch die Modernisierungsverlierer-These geht davon aus, dass in der neuen dualistischen Gesellschaft (vgl. auch *dual society-thesis*), eine populistische *catch-all-losers* Programmik am gewinnbringendsten sei, wobei die inhaltlichen Defizite etablierter Parteien (Sachzwangpolitik,

Koalitionsraison, etc.) den Effekt noch verstärken. Bei den dabei entstehenden Wählerkoalitionen, die sich aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen zusammensetzen, verblüfft immer wieder, wie leicht sich diese Parteien über die internen Widersprüche ihrer Programmatik hinwegzusetzen vermögen (vgl. Marktliberalismus und Protektionismus; Antietatismus und *Law-and-Order*-Staat). Gerade dieses Vermögen, scheinbar Unvereinbares als homogenes Ganzes überzeugend präsentieren zu können, wirft die Frage nach dem Wesen, beziehungsweise dem eigentlichen Kern dieser Parteien auf. Offensichtlich gelingt dieses programmatische ‚Kunststück‘ nicht jeder politischen Gruppierung und bedarf einer eingehenderen Analyse.

Nun scheint es unbestritten, dass soziale Ängste und die relative Verschlechterung der sozioökonomischen Position gesellschaftlicher Gruppen zueinander einen wichtigen Motivationsfaktor für die WählerInnen populistischer Parteien darstellen, dennoch blieb auch hier ein wichtiger Punkt zunächst ungeklärt: Warum nämlich reichere Staaten und Regionen besonders anfällig zu sein scheinen, wo doch gerade dort die Verteilungskämpfe relativ am geringsten und die sozialstaatlichen Einrichtungen am effektivsten sein sollten. Im Übrigen widerlegen empirischen Studien von Lubbers et al. (2002) sowie von Knigge (1998) die Wirtschaftshypothese als entscheidende Ursache des Wachstums rechtspopulistischer Parteien. Letztlich weist auch die widersprüchliche *catch-all*-Programmatik dieser Bewegungen eher auf deren immanenten Populismus als wesentliches Charakteristikum hin, denn deren wohlfahrtschauvinistische Agitation zielt weniger auf konkrete Umverteilung sondern auf die allgemeine Anerkennung bestimmter identitärer Ansprüche ab.

Die radikale Rechte als Ethnokratiebewegung: In puncto Programmatik steht für einige Autoren, wie Minkenberg (2000; 2001), vor allem die radikale rechtsideologische Komponente im Vordergrund. Gerade bei Parteien wie der FPÖ lag stets die Annahme nahe, dass es sich um klassisches rechtsextremes Gedankengut in neuer Präsentation handelt. Haiders notorische

Anspielungen auf die NS-Zeit, seine politische Sozialisierung in deutschnationalen Kreisen, sowie sein weiterer Werdegang in der deutschtimelnden Kärntner FPÖ und die immer wiederkehrenden antisemitischen Anspielungen schienen dies zu bestätigen. Jedoch wirft dies allenfalls ein bezeichnendes Licht auf einzelne Funktionäre und die von Haider nie bewältigte Vergangenheit seiner (von ihm stets bewundernten) Eltern, und diese biografisch-anekdotalischen Details tragen wenig zum Verständnis der Erfolge der Partei und Haiders Ideologie an sich bei.

Generell zeichnet sich, wie in Minkenbergs (2000) Analyse ersichtlich, die neue radikale Rechte durch ihre programmatische Wandlung in Richtung Ethnokratiebewegung aus. Diese nützte die Wertekrise der postindustriellen und spätkapitalistischen Gesellschaft geschickt, um ein neues postmodernes politisches Spektrum zu propagieren, an dessen einem Ende das ‚eigene Volk‘ und dessen Bedürfnisse stehen und am anderen internationale oder multikulturelle Interessen. Der neue Rechtsradikalismus ist somit nicht antimodernistisch *per se*, sondern wendet sich selektiv gegen bestimmte postmoderne politische und soziale Projekte wie Abbau der Grenzen, Migration, Integration, etc. (Mudde 2000; Hainsworth 2000; Ignazi 2003).

Bei Ignazi (1996) findet sich zusätzlich eine plausible These für den Zeitrahmen, in den das Auftreten dieser Parteien fällt. Demgemäß bewirkte das Ende des neoklassischen Politikkonsenses in den Siebzigerjahren und der postmaterialistische Wertewandel zunächst eine linksliberale antisystemische Antwort in Form der neuen Bürgerrechts- und Umweltbewegungen. Dies führte in weiterer Folge zu einer umfassenden Delegitimation des bestehenden Politikmodells, stellte etablierte Autoritäten und Institutionen in Frage und zeigte neue und effektive Protestformen auf. Erst mit der kulturellen Rechtswende im Zuge des Neokonservatismus („*new right-wing cultural mood*“) kam es zu einer entsprechenden rechtsideologischen Antithese zum herrschenden politischen System, die in Teilbereichen die individualistischen, antietatistischen und bürokratiekritischen Botschaften der Bürgerrechtsbewe-

gungen linker Prägung aufgesogen hatte und sich ebenfalls deren Aktionsinventarien bediente.

So plausibel diese Erklärungen auch alle sein mögen, so ist die Frage nach dem Wesen dieser Bewegungen noch immer nicht vollständig beantwortet. Denn was zunächst ins Auge sticht, ist die erstaunliche Wandlungsfähigkeit dieser Bewegungen. Die Freiheitlichen schafften so in wenigen Jahren den mühelosen Wechsel vom antiklerikalen Deutschnationalismus (vgl. „Österreich als ideologische Missgeburt“) hin zum klerikalsozialen Österreichpatriotismus, der sogar im Parteiprogramm seine Verankerung fand. Dies könnte bedeuten, dass, überspitzt formuliert, die Mutation zur Ethnokratiebewegung eben nur die ideologische Orientierung *du jour* darstellt, weil diese im momentanen Parteienwettbewerb die erfolgreichste Strategie darstellt – man erinnere sich, dass ja paradoxerweise die FPÖ unter Haider die erste Parlamentspartei war, die ultimativ Österreichs EC/EU-Beitritt forderte und dass ausgerechnet die separatistische *Lega Nord* mit dem Inbegriff Rom-orientierter *Italianità*, der *Alleanza Nazionale*, eine Koalition einging. Kurzum die entscheidende Konstante dieser Parteien wäre demnach, dem Prinzip des Opportunismus folgend, Inhalte ständig auf neue, zu gewinnende Wählerschichten und taktische Überlegungen abzustimmen. Daher ist die Frage berechtigt, ob es sich dabei tatsächlich um rechtsradikale Parteien handelt, die sich populistischer Methoden bedienen, oder um dem Kern nach populistische Parteien mit rechten und rechtsradikalen Inhalten.

2.3. Parteiorganisation und Strategie

Eine weitere Möglichkeit das Phänomen des europäischen Rechtspopulismus zu begreifen, ist jene, die parteisozialologischen Aspekte in den Vordergrund zu stellen, also vor allem deren Organisation, Präsentation und Wahlstrategien. Darüber ist bereits viel geschrieben worden und im Wesentlichen herrscht über folgende Punkte Einigkeit: Bei diesen Parteien handelt es sich um zentral geführte, weitgehend de-institutio-

nalisierte Gruppierungen, die sich dem Erscheinungsbild nach um einen ‚Bewegungscharakter‘ bemühen (vgl. Haider's Versuch seine Partei in die F-Bewegung umzuwandeln). Deren Auftreten besteht bewusst aus unkonventionellen Kommunikations- und Agitationsformen, wobei karnevaleske Aktionen, kalkulierte Provokationen und der bewusste Tabubruch essentielle Elemente darstellen. Dieses Erscheinungsbild hebt die populistische Rechte nicht nur von den etablierten Parteien ab, sondern der angepeilte Unterhaltungswert stellt auch die Konkurrenz im eigenen rechten Lager in den Schatten und spricht gleichzeitig noch unpolitische oder neue Gruppen wie die Jugend an. Die Tendenz, politische Komplexität in stereotype Formeln zu kleiden, abstrakte Themen zu personalisieren und mit politischen *Scripts* (Gut-Böse-Szenarien) zu arbeiten, sind nicht nur Selbstzweck, sondern entsprechen genau der medialen Erwartungshaltung und dem Unterhaltungsbedürfnis breiter Bevölkerungskreise.

Anstatt ausgefeilter Parteiprogramme bietet der Rechtspopulismus vor allem Aktions- und Wahlprogramme mit kurzfristigem Charakter, beziehungsweise werden politische Losungen oder Neuorientierungen nicht von den Gremien, sondern vielfach vom Parteiführer selbst, manchmal auch über das Fernsehen vorgegeben. Bei der Rekrutierung und Karriere von Funktionären zählen weniger inhaltliche Kompetenz oder Knochenarbeit für die Partei, sondern deren Öffentlichkeitswirkung und persönliche Loyalität zu den Führern.

Führerprinzip und De-Institutionalisierung: Zwei Aspekte erscheinen mir jedoch hier wesentlich und unterscheiden die Rechtspopulisten von anderen Parteien: Da ist zunächst deren extremer Führerkult, so dass die Namen Haider, Schill, Fortuyn, Blocher, Le Pen, Bossi, Fini, Hagen, Glistrup, Kjaersgaard und de Winter quasi stellvertretend für deren Bewegung wurden. Davon abhängig bewirken weiters die Notwendigkeit andauernder Loyalitätsbezeugungen, die ständige Rotation der Funktionäre sowie die Abstimmung inhaltlicher Positionen mit dem quasi allein entscheidenden Führer eine De-Institutionalisierung der Partei und Verkümmern der Gremien.

Zusammenfassend muss wohl festgehalten werden, dass für die Entwicklung der Neuen Rechten eine Kombination von Faktoren ausschlaggebend ist: Offensichtlich scheint, dass die systemische Komponente in Form von *Opportunity Structures* und eine entsprechende angebotsseitige Positionierung populistischer Bewegungen eine notwendige Bedingung sowohl für deren Entstehen wie auch Erfolg ist. Wie Decker (2000) zu Recht betont, bezieht sich der Begriff „Angebot“ natürlich auch auf jenes der übrigen Parteien. Wenn sich etwa CDU und CSU in Deutschland gezielt populistischer Kampagnen bedienen, verengt dies den notwendigen Politikraum für die Rechtspopulisten selbst.

Letztlich scheint mir jedoch die inhaltliche Komponente die entscheidende zu sein. Die erfolgreichen Parteien neuen Typs zeichnen sich durch ihre Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit jenseits aller ideologischen Skrupel aus. Sie bieten somit konsequenter als andere politischen Mitbewerber eine Flucht aus dem Status quo (vgl. „it's time for a change“). Mehr als jede andere politische Gruppierung versteht es der Populismus sich auf die Erwartungshaltung des Zielpublikums einzustellen, um latente Ängste anzusprechen und Ansprüche zu mobilisieren. Die davon abgeleitete immer stärkere Thematisierung von Fragen der Identität ist somit nicht nur ein konvergentes Merkmal der Neuen Rechten, sondern vor allem Kennzeichen des erfolgreichen Populismus schlechthin.

3. Der identitäre Rechtspopulismus als neues Phänomen – Definition und Analyse

Im Fall des europäischen Rechtspopulismus gilt es zunächst einmal die Konzepte „populistisch“ und „rechts“ gesondert zu definieren. Allen Populismen gemein ist der ständige Bezug auf eine abstrakte und nicht näher definierte Konzeption von „Volk“, das als Einheit weitgehend ohne Klassen, Interessensunterschiede und interne Gegensätze verstanden wird. Canovan (1981) beschrieb diesen Wesenszug des Populismus wie folgt: „the notion that people are one; that divisions among them are

not genuine conflicts of interest but rather the machinations of self-serving factions (...are essential elements in) the strategies of populist parties“. Dabei handelt es sich um einen beliebig veränderbaren emotiven Volksbegriff, der möglichst viele WählerInnen ansprechen und gezielt Gruppen ausschließen soll (vgl. „anständige Österreicher“, „echte Kärntner“, etc.). Dem so beschworenen Begriff „Volk“ wird somit ein gemeinsamer, einheitlicher Wille unterstellt (*popular will*), den die populistische Partei als vermeintliche Bürgerbewegung als einzige Gruppierung zu verstehen vorgibt und umzusetzen verspricht. Da Populisten meinen, den Volkswillen an sich zu repräsentieren, seien auch besondere, und mitunter demokratiepolitisch fragwürdige, Vorgangsweisen gerechtfertigt. Vom „Volkswillen“ abweichende Intentionen oder gar KritikerInnen werden als außerhalb der Gemeinschaft stehend und als Feindbilder präsentiert (vgl. „Volksschädlinge“, „Apparatschiks“, „Subventionskünstler“, etc.). Dem pluralistischen Wettbewerb sowie dem Interessenaustausch und dem politischen Kompromiss stehen populistische Gruppierungen daher prinzipiell skeptisch bis feindselig gegenüber.

Mit der Weigerung den Interessenspluralismus zur Kenntnis zu nehmen und stattdessen auf homogene Gruppen- oder Volkspreferenzen zu pochen, wendet sich der Populismus im Sinne einer Anti-Politik-Partei (Schedler 1996, 295ff.) gegen das herkömmliche westliche Politikverständnis gemäß der bekannten Definition „politics is deciding who gets what when and where“. Da diese Charakteristiken auch in anderen Parteien neuen Typs, besonders in linkspopulistischen Bewegungen, zu beobachten sind, liegt die Vermutung nahe, dass es sich dabei um kein rechtsideologisches sondern populistisches Charakteristikum handelt (Decker 2000; Taggart 2000).

Ganz allgemein gesprochen, verbinden sich im Rechtspopulismus neuer Prägung somit die oben genannten populistischen Wesenszüge mit jenen ideologischen Elementen, die traditionell die Rechte auszeichnen. Ähnlich wie andere Rechtsparteien nahm daher auch der Rechtspopulismus Anleihen beim Wirtschaftsliberalismus und Antietatismus, was vor allem

in der formalen Programmatik und Rhetorik von Parteien wie der FPÖ noch durchklingt. Anders jedoch als die angloamerikanische Rechte hat sich dessen kontinentaleuropäische Spielart nie gänzlich mit den Wettbewerbsimperativen und dem Primat des Marktes angefreundet (Decker 2000). Dabei entbehrt es natürlich nicht einer gewissen Ironie, dass der Staat just dann ins Visier der Neuen Rechten kam, als dessen Handlungsspielräume und Entscheidungskompetenzen durch transnationale Prozesse zunehmend beschnitten wurden. Als Verwaltungsmissstände und Beamtenprivilegien abgebaut und die Staatsapparate abgeschlankt wurden, begann sich die Kritik rechtspopulistischer Politiker zunehmend gegen diffuse Eliten zu richten – Bezeichnungen wie ‚politische Klasse‘ (Blocher/SVP) und ‚elitäre Meinungsmacher‘ (Dänische Volkspartei) gehören zum Standardrepertoire. Haiders diesbezügliche Verbalinjurien („autoritäre Entwicklungsdemokratie“, „Filzläuse“, „Diktatur der Dilettanten“, „letzter Ostblockstaat“, etc. – Czernin 2000, 98ff.) sind ohnehin bereits Legende.

Das Hauptmerkmal der radikalen Rechten ist jedoch deren Gegnerschaft zu Humanismus und Aufklärung, wobei vor allem der Rationalismus und das Prinzip der Gleichheit und Gleichwertigkeit der Menschen in Frage gestellt wird. Im Vergleich zum Konservatismus, der ebenfalls bestimmte Aspekte des Gleichheitsbegriffs als Nivellierung ablehnt, geht der Rechtsradikalismus weiter, indem besonders ethnische, rassische und kulturelle Unterschiede als Rechtfertigung für die Ungleichbehandlung von Menschen herangezogen werden. Jedoch im Gegensatz zur radikalen Rechten alter Prägung, die die Hegemonie des eigenen Volkes anstrebte, fordert die Neue Rechte extreme Maßnahmen zum Schutz des eigenen *Ethnos*, das, so wird behauptet, von verschiedenen Formen der Internationalisierung bedroht wird.

3.1. Die variable Programmatik des Rechtspopulismus

Beinahe allen kontinentaleuropäischen Rechtspopulismen gemein ist deren Wandlung von Anti-Establishment Bürgerbewegungen hin

zu Parteien mit zunächst großteils sozial-protektionistischer Rhetorik und schließlich mit identitätspolitischer Programmatik. Im Gegensatz zu typischen rechtsextremen und rechtsliberalen Parteien, die so wie die italienische *Fiamma* oder die Freiheitlichen vor 1986 in Europa allesamt ein Nischendasein führten, ermöglichte die populismus-immanente Wandlungsfähigkeit und der ebensolche politische Opportunismus den Ausbruch und politischen Aufstieg. Ständig auf der Suche nach neuen Wählergruppen verstand es die populistische Rechte, sich diesen und deren Bedürfnissen flexibel anzupassen und dabei die eigenen ideologischen Positionen entsprechend umzugestalten. Die erstaunliche Anpassungsfähigkeit des Rechtspopulismus spiegelt sich auch in den nationalen Unterschieden der diversen Gruppierungen wider, die, wie Taggart (2000, 4) es nennt, stets chamäleonartig („chameleonic quality“) die örtlichen „Schattierungen“ („hues“) annehmen. Im Wesentlichen wird dieser Prozess der programmatischen Positionierung vom Parteienangebot bestimmt. In Ländern wie der Schweiz und Italien, wo es rechtspopulistische Mitkonkurrenten gibt, ist die thematische Bandbreite einer Schweizer Volkspartei oder *Legha Nord* eine engere als jene der FPÖ, die von Deutschtümelei und Sozialprotektionismus über zeitgeistige Eventkultur bis hin zu Österreichpatriotismus und mittelständischem Wirtschaftsliberalismus reicht; das heißt zugeschnitten auf regionale oder schichtspezifische Bedürfnisse (vgl. u.a. Luther 1997; Heinisch 2002).

Das Prinzip der Wandlungsfähigkeit am Beispiel der FPÖ: Nach der Parteiübernahme durch Haider ging es zunächst darum, sich behutsam vom deutschnationalen und postnazistischen Gedankengut in Richtung Bürgerprotestpartei zu entwickeln (vgl. Haiders Ziel 1988 der Bürgerdemokratie), ohne jedoch „ewiggestrige“ und andere durch die Waldheimaffäre entsprechend motivierte WählerInnen zu verlieren; außerdem spielte dieses einschlägige Denken in den Kärntner und oberösterreichischen Landesgruppen sowie in Vorfeldorganisationen immer noch eine nicht unbedeutende Rolle. Ähnlich wie ihre europäischen

Schwesterparteien (vgl. Mudde 1996, 272f.) waren hierbei auch bei der FPÖ vor allem taktische Motive ausschlaggebend; denn man hatte verstanden, dass, mit dem Schwinden der Kriegsgeneration, Österreichs ‚deutsche‘ Vergangenheit langfristig bestenfalls ein Nischenthema bleiben würde. Solche Neupositionierungen führten zwangsweise zu internen Säuberungsaktionen (vgl. u.a. Haiders Entsorgung von Kriemhild Trattinig) und Spaltungen (z.B. die liberale Gruppe um Heide Schmidt). Die *Front National* und die *Legha Nord* sahen sich beispielsweise bei deren Richtungswechseln jeweils mit ähnlichen Spaltungstendenzen konfrontiert (bes. Eatwell 2000), während der *Movimento Sociale* (MSI) die Mutation zur *Alleanza Nazionale*, und somit in Richtung Respektabilität, mit der Abspaltung der *Fiamma Tricolore* unter Pino Rauti zu bezahlen hatte.

Bei den Freiheitlichen begann dann zu Anfang der Neunzigerjahre der bürgerliche Wähleranteil im Verhältnis zu VertreterInnen niedriger Bildungsschichten zu stagnieren. Ausschlaggebend für diese weitere Neupositionierung und dem damit verbundenen bewussten Wählertausch weg vom traditionellen rechts- und wirtschaftsliberalen, mittelständischen Spektrum war wahltaktisches Kalkül. Von der Parteiführung war erkannt worden, dass die besten Wachstumschancen in den Städten und Industriezentren, vor allem im Osten des Landes gegeben waren. Gleichzeitig erleichterte die zunehmend technokratische Orientierung der SPÖ sowie deren verstärktes Werben um die neuen mobilen Mittelschichten den Freiheitlichen die Rekrutierung von ArbeiterInnen, großteils durch die Reaktivierung von ehemaligen sozialdemokratischen ParteigängerInnen, die zu NichtwählerInnen geworden waren (Hofinger et al. 2000, 120).

Entscheidend bei der Neuausrichtung der Partei war, dass diese, von diversen Säuberungsaktionen abgesehen, jeweils ein allmählicher Prozess war, wobei es stets zu einer stärkeren Betonung bereits latent vorhandener Positionen kam. Auf diese Weise erreichte die FPÖ eine Gleichzeitigkeit unterschiedlicher ideologischer Positionen, die die Partei dennoch als homogenes Ganzes politisch zu vermarkten verstand

(z.B. konnten sich ‚Heimatkämpfer‘ in Völkermarkt, ArbeiterInnen in Wien-Favoriten und Teile der unpolitischen Eventszene gleichermaßen angezogen fühlen).

Der programmatische Wandel in der FPÖ stand in einem engen Zusammenhang mit den politischen und makroökonomischen Veränderungen in Europa in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts. Im Laufe der Neunzigerjahre sollten der Anti-Internationalismus und die Anti-Europa-Politik das bestimmende Merkmal der FPÖ werden (Heinisch 2004). Besonders nach dem Scheitern des sozialpopulistischen Wettbewerbes mit der SPÖ in den Nationalratswahlen 1995 wurde die identitätspopulistische Orientierung zum entscheidenden Faktor, der die unterschiedlichen Tendenzen der Partei zusammenhielt. Einst von den Freiheitlichen als Erlöser vom obrigkeitstaatlichen Korsett gefeiert, war Europa mittlerweile längst zur Bedrohung geworden. Wo früher die nähere ideologische Bindung an den Westen und Deutschland lockte, schienen nun linksliberale europäische Eliten den Ton anzugeben und drohte zudem die Integration mit den ungeliebten Nachbarn im Osten. Der Anti-Internationalismus bot der FPÖ zusätzlich den Vorteil, gleichzeitig eine breite Palette von latenten Ängsten und unterschiedlichen politischen Interessen anzusprechen (‚Schutz der Heimat‘, ‚ausländische Sozialschmarotzer‘, ‚Import von Kriminellen‘, ‚Brüssler Zentralismus‘, ‚multikulturelle Eliten‘, ‚Verlust der eigenen Identität‘, ‚von außen aufgezwungene Ellenbogengesellschaft‘). Die Freiheitlichen mussten hier trotz der Bandbreite dieser politischen Inhalte kaum den Interessensabtausch und somit Wählerverluste fürchten, sondern gerade die Komplexität des europäischen Einigungsprozesses und die davon ausgehenden diffusen Ängste eigneten sich besonders für populistische Kampagnen abseits einer ausgefeilten Programmatik.

3.2. Die identitätspolitische Konvergenz des Rechtspopulismus

Die identitätspolitische Wende lässt trotz nationaler Unterschiede den Rechtspopulismus thematisch nicht nur als einheitliches Phänomen

erscheinen, sondern verleiht diesem auch seine Dynamik. Dabei ist zwischen einer wohlfahrtschauvinistischen und kulturalistischen Variante der Identitätspolitik zu unterscheiden, wobei es im Vergleich zur klassischen Modernisierungsverliererthese (Forderung nach Umverteilung) in beiden Fällen um Forderungen nach Anerkennung von identitären Unterschieden geht (Betz 2002). Populistische Parteien zielen somit auf die Mobilisierung von Anerkennungsforderungen ab, die innerhalb von dominanten Eliten geschaffener und beherrschter Politiksysteme auf traditionellem Weg nicht umsetzbar sind. Mittels dieser „*new politics of resentment*“ (Betz 1993) gelingt es, Vorurteile zu wecken, um diese für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren. Das Gefühl individueller Ohnmacht, oft in Verbindung mit einem erdrückenden Empfinden grober Benachteiligung, bildet den Auslöser der Ressentiments und zugleich den Ansatzpunkt populistischer Kampagnen (Betz 2004). Appelle an die Neidgenossenschaft sind oft das erste Mittel zur Mobilisation (vgl. FPÖ: „Tausende Gemeindevohnung an Ausländer vergeben“¹; Dänische Volkspartei: „*yde for man kan nyde*“²).

Spätestens in den Neunziger Jahren hatten alle europäischen Rechtspopulisten den Schwenk zur identitätsorientierten Politik vollzogen. Selbst die Italienische *Lega Nord* begann ihr Hauptaugenmerk vom ungeliebten *Mezzogiorno* zur angeblichen ‚Invasion aus Afrika‘ zu verlagern. Auffällig dabei ist, dass die radikale rassistische Programmatik auf geschickte Weise mit den sprachlichen Codes und Symbolen der postmodernen Demokratiebewegung verknüpft wird (‚Volkssouveränität, ‚Bürgermitbestimmung‘ etc.). Vorgeblich geht es somit nicht mehr um Rasse und ‚Volkshygiene‘, sondern um Lebensqualität, funktionierende Schulen, sichere Städte, Integrierbarkeit, die Kenntnis der Landessprache und die Bewahrung der eigenen Kultur. So ist es dann laut *Vlaams Blok* auch nicht das Bekenntnis zu Blut und Boden sondern der *gezond verstand*, der der identitätspolitischen Wende zu Grunde liegt; denn der konzeptionelle Schritt vom ‚Volk‘ zum ‚Eigenvolk‘ und zur ‚Eigenverantwortung statt Fremdbestimmung‘ ist dann nur noch ein klei-

ner. Die jeweils verwendeten Slogans und begrifflichen Formulierungen sind so gut wie austauschbar: „Österreich zuerst“ (FPÖ), „Dänemark für die Dänen“ (DVP), „Umvolkung“ (FPÖ), „*véritable transferts de populations*“ (*Front National*). Die dabei ins Spiel gebrachten Identitäten müssen nicht nationale, sondern können durchaus regionale oder lokale sein – Bossi: „Wir Padanier wollen Padanier bleiben“.

Bei der neuen Identitätspolitik handelt es sich somit nicht einfach um eine Neubelebung althergebrachter Nationalismen sondern um die Erhaltung von Eigenheiten und Ansprüchen, die vermeintlich identitätsstiftend sind. Die Kernpunkte dabei sind das Recht auf Unterschied, Eigenständigkeit und Anderssein (*right to cultural difference*). Im Vordergrund stehen daher weniger die radikalen rassistischen Ausfälle (die es vom Bierzelt bis hin zu den Plakatkampagnen natürlich auch immer wieder gibt) oder gar die Gewalt gegen AusländerInnen, sondern das ‚Recht auf eine eigene Identität‘, das Gefühl immer noch ‚Herr im eigenen Haus zu sein‘ und sich im ‚eigenen Land nicht als Fremder‘ zu fühlen (Gibson 2002). Damit unterscheidet sich der Rechtspopulismus von der gewaltbereiten Neo-Nazi und Skinhead Szene (Grumke 2001). Dieser wesentliche Punkt wird in einer Studie von Ruud Koopmans (1996) besonders deutlich, wonach die nazistische Subkultur und rechtsextreme Gewalt dort besonders ausgeprägt sind (u.a., Deutschland, Großbritannien, Schweden), wo es keine erfolgreichen Rechtspopulismen gibt, die solche latenten Aggressionspotentiale in andere Bahnen zu lenken scheinen. Obwohl es somit im österreichischen Kontext den ‚slawischen Barbaren‘ nicht mehr gibt, sind die politischen Forderungen der populistischen Rechten weiterhin durchwegs rassistisch, da sie sich nach wie vor von einem propagierten exklusiven Kulturbegriff ableiten, nach dem bestimmte Rassen und Ethnien von vornherein als nicht integrierbar gelten.

Die neue identitätsorientierte Politik, auch „exklusiver Populismus“ (Betz 2001) genannt, erlaubt thematische Verbindungen, die im traditionellen links-rechts Spektrum eher unge-

wöhnlich sind und die vom Umweltgedanken (das Bewahren der Heimat), der Volkstümelei und Brauchtumpflege bis hin zum Anti-Amerikanismus und der Kapitalismuskritik reichen. Mit diesem programmatischen Mix trifft der Rechtspopulismus durchaus den Zeitgeist, der nach (nicht näher definierter) Bodenständigkeit, Natürlichkeit und überschaubaren kleinen Lebenswelten verlangt (Horner 1995). Speziell wird dem Einzelnen der Schutz eben dieser persönlichen Lebenswelt vor diffusen Bedrohungen versprochen. Der ausgeprägte neuzeitliche Kulturpatriotismus sowie die diversen anti-modernistischen und vernunftkritischen Tendenzen, die wohl als eine Reaktion auf globale Standardisierungs- und Internationalisierungsbestrebungen sowie Modernisierungsschübe zu begreifen sind, bieten der identitätsorientierten Politik einen fruchtbaren Boden. Diesbezügliche Zusammenhänge zwischen identitärer Politik und ethnopluralistischen beziehungsweise multikulturellen Gesellschaftstendenzen finden sich in zahlreichen Arbeiten zu diesem Thema (vgl. u.a. Holmes 2000; Loch/Heitmeyer 2001; Gibson 2002; Decker 2004; Betz 2004).

Die Wirksamkeit identitärer Botschaften wird natürlich auch von anderen Parteien nicht nur verstanden sondern mitunter entsprechend eingesetzt (vgl. ÖVP: „Wien für die Wiener“; CDU: „Kinder statt Inder“; CSU: „Schleier von Moslemfrauen mit Demokratie unvereinbar“⁴³). Vor allem die Abwehr gegen den Islam und die damit verbundenen Vorstellungen von Patriarchat, Großfamilie, archaischen Bräuchen und der Rolle der Frau bilden einen weiteren Schwerpunkt des identitären Populismus (vgl. das FPÖ-Parteiprogramm mit expliziten Bezügen zum „christlichen Abendland“). Dennoch ist in Österreich die Situation auf Grund des latenten Antisemitismus und gewisser Verbindungen von FPÖ-Politikern zum arabischen Raum etwas ambivalenter.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der identitäre Rechtspopulismus auf Grund seiner opportunistischen Variabilität, thematischen Breite und Zeitbezogenheit sowie der bereits erwähnten parteisoziologischen Charakteristiken entscheidende Strukturvorteile gegen-

über der politischen Mitkonkurrenz besitzt. Bei entsprechenden *Opportunity Structures* gelang es diesen Bewegungen in der Oppositionsrolle daher beim „*game of elections*“ (Mair 2002, 83) relativ erfolgreich zu sein. Wenig deutete zunächst auf die Probleme hin, die diese Parteien neuen Typs in der Regierungsverantwortung haben sollten.

4. Die mäßige Bilanz des Rechtspopulismus in der Regierung

Eine scharfe Trennung zwischen rechtspopulistischer Politik in der Regierung und außerhalb ist zunächst nur bedingt aussagekräftig; denn die programmatischen Inhalte dieser Gruppierungen können die Politik eines Landes oft mehr bestimmen, wenn diese in Opposition sind (vgl. die Asyl- und Immigrationspolitik der Regierung Klima bzw. der letzten bürgerlichen Regierung in Dänemark). Es lag daher die Vermutung nahe, dass die Neue Rechte in der Regierung erst recht eine Bedrohung für die europäischen Konsensdemokratien darstellen würde. Die diversen Ausgrenzungsstrategien und auch die Sanktionen gegen Österreich verdeutlichen diese Befürchtungen ja eindringlich. Natürlich gab es auch jene, die auf eine Entzauberung des Phänomens in der Annahme hofften, dass die Rechtspopulisten an der Last der Verantwortung scheitern würden (vgl. beispielsweise die derzeitige Debatte in Belgien, den *Cordon Sanitaire* zu durchbrechen und den *Vlaams Blok* rechtzeitig einzubinden, bevor dieser aus eigener Kraft regieren könnte).

Nun da eine erste Bilanz des Rechtspopulismus in der Regierung gezogen werden kann, weisen, mit gewissen Einschränkungen, alle Indizien auf ein Scheitern hin, wie die Beispiele: Österreich, Italien/Berlusconi I (Tarchi 2002), Hamburg/Schillpartei, und die Niederlande (Van Holsteyn 2003) zeigen. Aus Platzgründen kann auf die inhaltliche Regierungspolitik hier nicht näher eingegangen werden und ich muss auf meinen diesbezüglichen Aufsatz im *West European Politics* (Heinisch 2003; bzw. Luther 2003) hinweisen.

4.1. Ursachen und Konsequenzen des Versagens rechtspopulistischer Parteien in der Regierung

Das mäßige politische Abschneiden populistischer Regierungsparteien verblüfft zunächst einmal, war doch zu erwarten, dass die bewährten Taktiken aus Oppositionszeiten (teile-und-herrsche, *scapegoating*, Personalisierung, etc.) noch rigoros angewandt würden. Einer Regierungspartei stehen immerhin mehr Möglichkeiten und eine breitere Bühne zur Verfügung. Jedoch programmatische Widersprüche, mangelnde Regierungserfahrung, die Unfähigkeit interne Personalkonflikte zu lösen, sowie markante Kompetenzdefizite der SpitzenfunktionärInnen gepaart mit deutlich höheren Ansprüchen der Öffentlichkeit an eine Regierungspartei (Sachkompetenz, Professionalität, Amtswürde, Staatsraison) erwiesen sich als unüberwindliche Hürden.

Die jüngste Geschichte der Freiheitlichen scheint geradezu ein idealtypisches Beispiel für die hier genannten Probleme (Luther 2003). Nachdem die kohäsive Wirkung der Sanktionen nachgelassen hatte und sich die *de jure* Parteiführerin Riess-Passer vom *de facto* Parteiführer Haider zu emanzipieren begann, kam es zu immer größeren internen Spannungen. Nach Haider umstrittenem Eingreifen in die Wiener Wahlen verstärkte sich dieser Prozess, auch auf Grund der unterschiedlichen Dynamiken in der Regierungsfraktion einerseits (Seriositäts- und Professionalitätsdruck) und den Länderparteien andererseits (Wählerschwund, Unmut an der Basis). Eine de-institutionalisierte und auf Führungspersönlichkeiten ausgerichtete Partei wie die FPÖ sah sich außer Stande, den Führungsstreit zu lösen, da Parteigremien systematisch abgewertet und politische Fragen durchwegs personalisiert worden waren. Auf diese Weise mussten inhaltliche Positionen zwangsläufig mit bestimmten Persönlichkeiten und Parteilagern (z.B. „Grasserflügel“) verknüpft werden, wodurch programmatische Querelen und Personalkonflikte einander überlappen und sich gegenseitig aufschaukelten.

Als ‚Anti-Politik-Partei‘ konkrete Regierungspolitik machen zu müssen und dabei noch

widersprüchlichen Erwartungshaltungen genügen zu wollen (z.B. als „Anwalt der kleinen Leute“ soziale Kürzungen mitverantworten zu müssen), fällt in der Koalition mit einem routinierten Partner nicht nur besonders schwer sondern birgt eine strategische Zwickmühle: Bei konfliktorientiertem und somit koalitionsgefährdendem Verhalten setzt man sich dem Vorwurf der Verantwortungslosigkeit aus („Chaospartei“); bei Anpassung hingegen mutiert man in den Augen der eigenen Basis rasch zur *Establishment*-Partei. Die in Oppositionszeiten so zugkräftigen programmatischen „*winning formulas*“ zeigten sich als schwer vermittelbare *policy-mixes*. Anders als in der Opposition, wo man die Gegensätze zwischen wirtschaftsliberalen Reformen und sozialer Kompetenz propagandistisch überspielen hätte können, musste die FPÖ als Regierungspartei klar Stellung beziehen und bezahlte dafür mit Wählerverlusten.

Zudem erwies sich der für eine populistische Partei erforderliche Politikertypus als struktureller Nachteil bei der Regierungsarbeit. Die eindeutig wahrzunehmenden Kompetenzdefizite und dünne Personaldecke bescherten der Partei ein katastrophales Image in der Öffentlichkeit, was zusätzlich den Regierungspartner ÖVP besonders kompetent erscheinen ließ. Die für eine populistische Partei typische Abhängigkeit von der wichtigsten Führungspersonlichkeit erwies sich als besonderes Problem: Als Haiders psychische Verfassung, Geltungsdrang und Unmut über den Zustand der FPÖ diesen zu extrem parteischädigenden Aktionen verführten (Muzikant-Sager, Irakreisen, Rechtsparteien-Gipfel in Kärnten, Aussagen nach der Überschwemmungskatastrophe, Knittelfeld, Rücktritt vom Rücktritt, etc.), vermochte sich die Partei nicht ausreichend zu distanzieren.

Eine große Ausnahme bildet hier der Rechtspopulismus in der Schweiz, wo es der SVP trotz Regierungsbeteiligung gelang, den Stimmanteil in der darauf folgenden Wahl zu vermehren. Kärnten und Italien (Berlusconi II) sind ebenfalls gewisse Sonderfälle. Das Schweizer Ergebnis mag nicht nur eine Folge des politischen Talents Christoph Blochers sein, sondern

seine Ursache auch im Regierungsmodell kollektiver Verantwortung haben; denn dieses ermöglicht die für Populisten nahezu ideale Möglichkeit, sowohl Opposition als auch Regierung gleichzeitig sein zu können. Der wahlpolitisch oft so kostspielige Interessensabtausch kann unter Bedingungen kollektiver Verantwortung eher vermieden werden, da einerseits eindeutige Schuldzuweisungen für WählerInnen schwieriger sind. Andererseits kann eine rhetorisch geschickt agierende Partei durchaus die Anerkennung für erfolgreiche Regierungspolitik einstreifen. Zudem fehlt in der Schweiz der in Koalitionsregierungen übliche „stärkere“ Partner samt Kanzlerbonus.

In Kärnten ist die Situation insofern ähnlich als dass auch Haider versucht damit zu punkten, Oppositionspolitik zur eigenen Regierung zu machen. Des Weiteren stellen die Freiheitlichen dort die Mehrheitspartei und den Landeshauptmann, wodurch ein entsprechender Freiraum für Gestaltung und Selbstinszenierung besteht, der sonst den Rechtspopulisten als koalitionären Juniorpartnern fehlt. So konnte Haider als Landeshauptmann die im Zuge der Pensionsreform entstandenen Rentenkürzungen zum Anlass nehmen, medienwirksam zuerst die eigene Brieftasche zu zücken, um PensionistInnen die Differenz zur Vorjahresrente nachzuzahlen, und dann Landesbeamte anweisen, dies aus Landesmitteln zu tun. Die dafür verwendeten Gelder nahm man einfach aus dem Katastrophenfond. Dennoch muss aus heutiger Sicht gesagt werden, dass das viel zitierte ‚Kärntner Modell‘ der FPÖ längst von bundespolitischen Bemühungen lebt, Haider dort zu binden und von der Bundespolitik fernzuhalten (z.B. Kitzack-Absprachen). Ebenso können sich dort die Freiheitlichen eines wenig attraktiven Gegenangebotes der übrigen Parteien erfreuen.

Italien bildet ebenfalls einen gewissen Sonderfall, denn die alten Zentrumsparteien sind im Zuge des *Tangentopoli*-Skandals und der Verfassungsreform zerfallen, was den neuen Rechts- (und Links-)Parteien einen breiteren Gestaltungsraum bietet, der vergleichsweise in Österreich (auf Bundesebene) oder den Niederlanden fehlte.

Das vielleicht verblüffendste Ergebnis der Bilanz rechtspopulistischer Wahlerfolge ist, dass sich die bürgerlichen und konservativen Parteien als die eigentlichen Nutznießer erwiesen (vgl. Österreich, Niederlande, Dänemark, Frankreich, und die Hamburger Bürgerschaftswahlen 2004). Die Bürgerlichen hatten somit erstmals die Möglichkeit zu einer rechten Alternative jenseits der Mitte, was es wiederum ermöglichte, ein stärker ideologisch akzentuiertes Programm bei relativ geringem politischen Risiko umzusetzen. Konkret konnten konservative Politiker mit dem Verweis auf die rechtspopulistische Rute im Fenster ideologisch pointiertere Programmpunkte durchsetzen, die unter normalen Umständen oder im Rahmen einer Zentrumskoalition nur schwer durchführbar gewesen wären (bes. Österreich, Dänemark). Im Fall Frankreichs war sogar die Linke gezwungen, für den konservativen Präsidentschaftskandidaten zu stimmen, um Schlimmeres zu verhindern.

Letztenendes wirkt auf alle populistischen Parteien mittlerweile jedoch ein großer Normalisierungsdruck, wollen sie als politische Entscheidungsträger ernst genommen werden. Dies kann durchaus als Indiz sowohl für einen Wandlungsprozess innerhalb der populistischen Rechten als auch für ein mögliches Verschmelzen bürgerlich-konservativer und rechtspopulistischer Tendenzen gewertet werden. Der Trend zur bürgerlichen Rechten, beziehungsweise zur Konvergenz zwischen Rechtspopulismus und Konservatismus, ist besonders in Italien zu beobachten, wo einerseits ehemalige Rechtspopulisten betont Seriosität (Fini, *Alleanza Nazionale*) beziehungsweise eine Positionierung als rechte Volkspartei (*Forza Italia*) anstreben, während andererseits die radikalere *Lega Nord* zunehmend an Bedeutung verliert. Besonders die Schweizer Volkspartei ist um bürgerliche Respektabilität bemüht und selbst der *Vlaams Blok* will ebenfalls vom Image trinkfester, schwarz uniformierter Radaubröder wegkommen, indem er sich in der Öffentlichkeit mit bürgerlich wirkenden Politikerpersönlichkeiten profiliert. Haider's Strategie in den Kärntner Landtagswahlen weist ebenfalls in diese Richtung, wobei der FPÖ-

Politiker vor der Wahl provokante Aussagen tunlichst vermied.

5. Die Neue Rechte nach dem ersten Scheitern – ein Ausblick

Man darf annehmen, dass auf Grund der gleichen Strukturproblematik alle rechtspopulistischen Bewegungen in parlamentarischen Mehrparteiensystemen vor ähnlichen Problemen stehen, wie die FPÖ nach ihrem Wahlerfolg 1999. Der steile Aufstieg und Fall der Freiheitlichen war in dieser Hinsicht nicht nur symptomatisch sondern hatte auch Signalwirkung weit über die Grenzen Österreichs hinaus. Die Beispiele Italien und Schweiz zeigen jedoch, dass Rechtspopulisten durchaus lern- und anpassungsfähig sind. Dies wirft natürlich die Frage auf, ob diese Parteien nach einem entsprechenden Moderationsprozess dem Wesen nach noch rechtspopulistisch sind und somit eine Gefahr für die bestehende demokratische Ordnung und den europäischen Integrationsprozess darstellen.

Allerdings ist längst auch unbestritten, dass der Rechtspopulismus als solches keine kurzfristige europäische Erscheinung ist, da dessen Wachstumsbedingungen weiter bestehen. Es ist daher James Newell (2000) durchaus zuzustimmen, wenn dieser schreibt, dass rechtspopulistische Bewegungen ihre Erfolgchancen vorfinden werden, solange die gegenwärtigen Transformationsprozesse weit jenseits des individuell Begreifbaren andauern. Mit ihrer auf Identität und Schutz der persönlichen Lebenswelt abzielenden Politik haben sich diese Parteien die Themenführerschaft in einem politischen Schlüsselbereich gesichert und besitzen hier eindeutige wahlpolitische Vorteile. Denkbar wäre jedoch eine zunehmende Konvergenz und, in weiterer Folge, ein Verschmelzen mit den immer stärker rechtsakzentuierten bürgerlichen Parteien, ähnlich wie dies in den USA auf Grund des US-Mehrheitswahlsystems bereits der Fall war. In Europa hingegen mag erst das Scheitern des Rechtspopulismus in der Regierung, die Voraussetzung für eine populistisch-akzentuierte bürgerliche Rechte geschaffen haben.

ANMERKUNGEN

- 1 Freiheitlicher Pressedienst, 23. September 1993, zitiert in Hubertus Czernin 2000.
- 2 Im Sinne: Hilf zuerst mit bevor du das Sozialsystem in Anspruch nimmst (Østergard-Nielsen 2003, 3).
- 3 Die Welt, 01.01.2004, 3.

LITERATURVERZEICHNIS

- Betz, Hans-Georg (1993). The New Politics of Resentment: Radical Right-Wing Populism in Western Europe, in: *Comparative Politics*, 25(4), 413–27.
- Betz, Hans-Georg (2001). Exclusionary Populism in Austria, Italy, and Switzerland, in: *International Journal*, 56(3), 393–420.
- Betz, Hans-Georg (2002). Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32(3), 251–264.
- Betz, Hans-Georg (2004). La droite populiste en Europe: Extrême et démocrate, Paris.
- Burger, Rudolf (2000). Romantisches Österreich, in: *Leviathan*, 28(1), 8–15.
- Canovan, Margaret (1981). *Populism*, New York.
- Capoccia, Giovanni (2002). Anti-System Parties – A Conceptual Reassessment, in: *Journal of Theoretical Politics*, 14(1), 9–35.
- Czernin, Hubertus (Hg.) (2000). Wofür ich mich meinetwegen entschuldige: Haider, beim Wort genommen, Wien.
- Decker, Frank (2000). Parteien unter Druck; Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen.
- Decker, Frank (2004). Der neue Rechtspopulismus, Opladen.
- Eatwell, Roger (2000). The Rebirth of the Extreme Right in Western Europe, in: *Parliamentary Affairs*, 53, 407–25.
- Gibson, Rachel (2002). The Growth of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, Ceredigion.
- Grumke, Thomas (2001). Rechtsextremismus in den USA, Opladen.
- Hainsworth, Paul (2000). *The Politics of the Extreme Right*, London.
- Heinisch, Reinhard (2002). *Populism, Proporz, Pariah – Austria Turns Right: Austrian Political Change, Its Causes and Repercussions*, New York.
- Heinisch, Reinhard (2003). Success in Opposition – Failure in Government: Exploring the Performance of the Austrian Freedom Party and other European Right-wing Populist Parties in Public Office, in: *West European Politics*, 26(3), 91–130.
- Heinisch, Reinhard (2004). Salvation and Villain – The Role of ‚Europe‘ in Austrian Politics and The Rise of Right-wing Populism“, in: *Politique Européenne* (i.E.).
- Hofinger, Christoph/Marcelo Jenny/Günther Ogris (2000). Steter Tropfen höhlt den Stein. Wählerströme und Wählerwanderungen 1999 im Kontext der 80er und 90er Jahre, in: Fritz Plasser/Peter Ulram/Franz Sommer (Hg.): *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien, 117–40.
- Holmes, Douglas (2000). *Integral Europe: Fast-Capitalism, Multiculturalism, Neo-Fascism*, Princeton.
- Horner, Franz (1995). Politisches Denken in Österreich nach 1945“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 24(1), 69–82.
- Ignazi, Piero (1996). The Crisis of Parties and the Rise of New Political Parties, in: *Party Politics*, 2(4), 549–66.
- Ignazi, Piero (2003). *Extreme Right-Wing Parties in Western Europe*, Oxford.
- Kitschelt, Herbert (1995). *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor.
- Knigge, Pia (1998). The Ecological Correlates of Right-wing Extremism in Western Europe, in: *European Journal of Political Research*, 34, 249–279.
- Koopmans, Ruud (1996). Explaining the Rise of Racists and Extremist Violence in Western Europe: Grievances or Opportunities, in: *European Journal of Political Research*, 30(1), 185–216.
- Loch, Dietmar/Wilhelm Heitmeyer (2001). Schattenseiten der Globalisierung; Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. M.
- Lubbers, Marcel/Mérove Gijsberts/Peer Scheepers (2002). Extreme Right-Wing Voting in Western Europe, in: *European Journal of Political Research*, 41, 345–378.
- Luther, Kurt Richard (1997). Die Freiheitlichen, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis et al. (Hg.): *Handbuch des Politischen Systems Österreichs – Die Zweite Republik*, Wien, 286–304.
- Luther, Kurt Richard (2003). The self-destruction of a Right-wing Populist Party? The Austrian Parliamentary Election of 2002, in: *West European Politics*, 26(2), 136–152.
- Mair, Peter (2002). Populist Democracy vs. Party Democracy“, in: Yves Mény/Yves Surel (Hg.): *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke, 81–98.
- Mény, Yves/Yves Surel (2002). The Constitutive Ambiguity of Populism, in: Yves Mény/Yves Surel (Hg.): *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke, 1–11.
- Minkenberg, Michael (2000). The Renewal of the Radical Right: Between Modernity and Anti-Modernity, in: *Government and Opposition*, 35(2), 170–188.
- Minkenberg, Michael (2001). The Radical Right in Public Office: Agenda-Setting and Policy Effects, in: *West European Politics*, 24(4), 1–21.
- Mudde, Cas (1996). The Paradox of the Anti-Party, in: *Party Politics*, 2(2), 265–76.
- Mudde, Cas (2000). *The Ideology of the Extreme Right*, Manchester.

- Newell*, James (2000). Italy: The Extreme Rights Comes in from the Cold, in: *Parliamentary Affairs*, 53, 496–485.
- Østergard-Nielsen*, Eva (2003). Counting the Cost: Denmark's Changing Migration Policies, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 27(2), 448–54.
- Rose*, Richard/Thomas T. *Mackie* (1988). Do Parties Persist or Fail? The Big Trade-Off Facing Organizations, in: *Key Lawson/Peter Merkl* (Hg.): *When Parties Fail: Emerging Alternative Organizations*, Princeton, 533–558.
- Schedler*, Andreas (1996). Anti-Political Establishment Parties, in: *Party Politics*, 2(3), 211–312.
- Taggart*, Paul (2000). *Populism*, Buckingham.
- Tarchi*, Marci (2002). Populism Italian Style, in: *Yves Mény/Yves Surel* (Hg.): *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke, 62–80.
- Van Holsteyn*, Joop (2003). Never a Dull Moment: Pim Fortuyn and the Dutch Parliamentary Elections of

15 May 2002, in: *West European Politics*, 26(2), 41–66.

AUTOR

Reinhard HEINISCH ist Associate Professor of Political Science an der University of Pittsburgh und Director of International Studies at Pitt-Johnstown. Er studierte an der University of Virginia Tech (MA), der Universität Wien (Magister), und der Michigan State University (PhD). Er ist seit 1994 an der University of Pittsburgh und beschäftigt sich vor allem mit vergleichender Politikwissenschaft und internationaler politischer Ökonomie.

E-mail: heinisch+@pitt.edu